

Antrag

des Abgeordneten Jürgen Braun, Peter Boehringer, Dr. Gottfried Curio, Peter Felser, Dr. Götz Frömming, Dr. Axel Gehrke, Albrecht Glaser, Mariana Iris Harder-Kühnel, Udo Theodor Hemmelgarn, Martin Hess, Dr. Heiko Heßenkemper, Karsten Hilde, Nicole Höchst, Martin Hohmann, Norbert Kleinwächter, Jörn König, Enrico Komning, Steffen Kotré, Frank Magnitz, Andreas Mrosek, Hansjörg Müller, Christoph Neumann, Frank Pasemann, Tobias Matthias Peterka, Martin Reichardt, Martin Erwin Renner, Dr. Robby Schlund, Jörg Schneider, Uwe Schulz, Martin Sichert, Detlev Spangenberg, Dr. Harald Weyel, Dr. Christian Wirth und der Fraktion der AfD

Christenverfolgung in Nigeria ächten – Menschenrechte für alle Nigerianer stärken

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Nigeria hat ein massives Problem mit landesweiter, brutaler Christenverfolgung. Der Schwerpunkt dieser flächendeckenden Gewalt ist in den nördlichen Landesteilen zu beobachten. Die Terrororganisation Boko Haram ist in Nigeria allein in den vergangenen zehn Jahren für bis zu 30.000 Terroropfer verantwortlich. Der UNHCR der Vereinten Nationen spricht von 1,8 Millionen Binnenvertriebenen und etwa 200.000 Flüchtlingen, die sich in die Nachbarländer Nigerias gerettet haben (Quelle: www.tichyseinblick.de/kolumnen/alexander-wallasch-heute/beispiel-nigeria-desaster-und-kosten-von-abschiebungen/, abgerufen 15.1.2020). Damit wird dieses Verfolgungs- und Gewaltgeschehen zusätzlich in die benachbarten Länder getragen, was Einfluss auf die menschenrechtliche Lage in großen Teilen des westlichen Afrika hat.

Die größten Verlierer sind dabei die Christen. Die Menschenrechtsorganisation Open Doors führt Nigeria in ihrem Weltverfolgungsindex weltweit auf Platz 12, was eine „sehr hohe“ Intensität der Verfolgung von Christen in ganz Nigeria ausdrückt. (Quelle: www.opendoors.de/christenverfolgung/weltverfolgungsindex/laenderprofile/nigeria). Zudem gibt es Berichte, nach denen Christen, die bereits vertrieben wurden, in den Flüchtlingslagern weiter diskriminiert wurden und dass ihnen der Zugang zu Lebensmitteln verweigert wurde. (Quelle: www.opendoors.de/christenverfolgung/dossiers-und-hintergrundinformationen/blickpunkt-nigeria).

Open Doors schreibt im Weltverfolgungsindex 2020: „Seit vielen Jahren gibt es in Nigeria einen andauernden Prozess der erzwungenen (oder aufgezwungenen) Islamisierung. Unter der Regierung von Präsident Muhammadu Buhari hat diese Entwicklung seit 2015 eine nie dagewesene Dynamik gewonnen. Die Regierung schuf weiteren

Spielraum, indem sie (...) Straffreiheit für grausame Gewalttaten zulässt, der viele Nigerianer zum Opfer fallen, zumeist Christen.“ (Quelle: www.opendoors.de/christenverfolgung/weltverfolgungsindex/laenderprofile/nigeria).

Am schwersten betroffen ist der Nordosten des Landes mit den Staaten Adamawa, Borno und Yobe, was darauf hindeutet, dass radikale muslimische Kräfte aus dem Sudan hier eine gewichtige Rolle spielen. Insbesondere im nigerianischen Norden gewinnt der Islam, teils durch Gewaltmission, mehr und mehr an Gewicht. Im Dialog zum nach wie vor mehrheitlich christlich geprägten Süden ist ein Ausbau des Dialoges und der Toleranz notwendig. Probleme mit Korruption, Mangelernährung, mangelhafter Schulbildung trotz theoretischer Schulpflicht, schlechte Gesundheitsversorgung und ungenügendem Zugang zu sauberem Trinkwasser verschärfen dabei speziell im Norden die sozialen und religiösen Probleme. (Quelle: <https://bit.ly/2sjthO5>).

Der Beauftragte der Bundesregierung für weltweite Religionsfreiheit, Markus Grübel, hat am 11. März 2020 im Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe des Deutschen Bundestages ausführlich über die nigerianische Menschenrechtsproblematik berichtet und ist dabei insbesondere auch auf das Ausmaß und die unterschiedlichen Formen der Verfolgung von Christen in Nigeria eingegangen.

Das Entführungsdrama um 276 christliche Mädchen aus einem Internat in Chibok, Borno State, im Nordosten Nigerias, das im Jahre 2014 in der ganzen Welt für Entsetzten sorgte, ist immer noch nicht gelöst: Weit über 100 Mädchen sind noch immer in den Händen extremistischer Moslems. Sie werden versklavt und regelmäßig vergewaltigt oder mit moslemischen Kämpfern zwangverheiratet, wobei sie dann gezwungen werden, mit diesen „Ehemännern“ Kinder zu zeugen (Quellen: www.deutschlandfunk.de/chibok-maedchen-in-nigeria-seit-fuenf-jahren-in-den-klauen.1773.de.html?dram:article_id=446345; www.vaticannews.va/de/welt/news/2019-12/nigeria-boko-haram-kwarangulum-borno-chibok-angriff.html). Die USA haben zwischenzeitlich versucht, die Mädchen mit militärischen Mitteln aufzuspüren – ohne Erfolg. Im Februar 2020 wurde in Katsina State ein ganzes christliches Dorf ausgelöscht, mindestens 150 Menschen starben (Quelle: <https://guardian.ng/news/17-bandits-others-killed-in-fresh-katsina-attacks>). Erneute Attacken im April 2020 kosteten mindestens 47 unschuldige Menschen das Leben (Quelle: https://en.wikipedia.org/wiki/April_2020_Katsina_attacks), am 10. Juni 2020 starben erneut 36 Unschuldige bei einem Überfall auf ein Dorf (Quelle: www.tvcnews.tv/bandits-attack-katsina-communities-kill-36-persons).

Der nigerianische Präsident Buhari bekundet, dass er all diese Gewalttaten verurteile, aber passiert ist nichts. Niemand wurde festgenommen. Damit verschärft sich das Problem der Straflosigkeit in Nigeria. Dies wird am Konflikt der Bauern, die mehrheitlich christlich sind, gegen die durchweg moslemischen Fulani besonders deutlich.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. die menschenrechtswidrige Christenverfolgung in Nigeria als brennendes Problem konsequent zu benennen und zu ächten,
2. im Rahmen der Verhandlungen zur privilegierten wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik die Notwendigkeit, jedwede religiöse Gewalt im Lande zu bekämpfen, als klares und priorisiertes Ziel festzuschreiben,
3. im Rahmen dieser Verhandlungen das Phänomen der illegalen Migration aus Nigeria in die EU eindeutig zu thematisieren und verbindliche Zusicherung der nigerianischen Regierung zur Einhaltung der Menschenrechte sowie zur Bekämpfung der – häufig religiös bedingten – Fluchtursachen einzufordern,
4. sich während dieser Verhandlungen auch zum Thema „Bevölkerungsentwicklung“ in Nigeria sowie dessen negative Auswirkungen sowohl national als auch international eindeutig zu positionieren,

5. die ungelösten Entführungsfälle christlicher Kinder – allen voran den von Chibok – zum Thema aller bilateralen Gespräche mit Nigeria zu machen und den moslemischen Staatspräsidenten aufzufordern, den Menschenrechten zum Durchbruch zu verhelfen.

Berlin, den 29. September 2020

Dr. Alice Weidel, Dr. Alexander Gauland und Fraktion

Begründung

Nigeria steht am Beginn einer neuen Epoche. Im vergangenen Jahrzehnt ist – nach vielen Jahrzehnten mit christlicher Mehrheit – der Islam zur landesweit stärksten Religion geworden. Das ist aus muslimischer Lehre bedeutend, weil nach der Lehre dieser Religion jetzt ein Totalvertretungsanspruch begründet werden kann. Bisher sind solche Phasen in allen Ländern, in denen die Mehrheiten der religiösen Orientierung zugunsten des Islam kippten, von massiver Gewalt oder Bürgerkriegen zulasten der in die Minderheitenrolle gedrängten Religion begleitet gewesen, zumeist also zulasten von Christen – als Beispiel ist der Libanon noch in Erinnerung. Alle Versuche, Nigeria in dieser Zeit mit Diplomatie oder Geldzahlungen mancherlei Art zu helfen, müssen daher fehlgehen, wenn nicht die Menschenrechte miteinbezogen werden.

Nach Ansicht der Antragsteller ist im konkreten Fall Nigerias sogar so, dass in allen Fragen zuerst die Einhaltung der Menschenrechte im Vordergrund stehen müsste. Das bedeutet, vor allem mit Blick auf die nördlichen Landesteile Nigerias, dass religiöse Verfolgung jeder Art geächtet und energisch auf ihre Beendigung hingearbeitet werden muss. Insbesondere soll dabei die Christenverfolgung im Fokus stehen. Nur wenn die unvermindert seit Jahren andauernde Christenverfolgung schließlich endet, wird wieder Frieden in Nigeria herrschen können. Nur durch dauerhaften Frieden kann aber der naturgegebene Reichtum an Rohstoffen, die Nigeria mit vielen anderen rohstoffreichen Entwicklungsländern teilt, für breite Schichten der Bevölkerung wirksam werden; wie viele andere Länder Afrikas ist auch Nigeria mit Erdöl, Gas, Kupfer, Gold, Kobalt, Coltan, Uran und anderen Rohstoffen reich gesegnet. An der Frage der Einhaltung der Menschenrechte hängen damit auch Wohlstand und ein gehobenes Bildungsniveau im Lande. Diese beiden Faktoren sind wiederum die Voraussetzung dafür, dass es keine größeren Auswanderungswellen gibt.

Doch an diesem Punkt ist Nigeria noch lange nicht. Die Zahl illegaler Migranten auch aus Nigeria nach Europa ist sprunghaft gestiegen – und das derart stark, dass eine umsichtige Politik, die auch die Frage der Einhaltung der Menschenrechte beinhaltet, nach Ansicht der Antragsteller längst zur Chefsache gemacht werden muss. Das Motto „Fluchtursachen bekämpfen“ müsste beinhalten, dass die wirkliche Ursache der mannigfaltigen Probleme, die verheerende Christenverfolgung nämlich, entschieden bekämpft wird. Dies sollte Anlass sein, die Beziehungen zu Nigeria deutlich zu intensivieren. Vielfach sind Armut und mangelnde Bildung die Einfallstore für einen radikalen Islam, so wie ihn die Terrororganisation Boko Haram mit brutalster Gewalt propagiert.

Im Rahmen der deutschen G-20-Präsidentschaft im Jahr 2017 und vor allem auf dem G-20-Gipfel in Hamburg hat Afrika eine prominente Rolle gespielt. Der „Compact with Africa“ von Kanzlerin Merkel wurde auf die Agenda gesetzt. Im Zuge dessen sprachen sich die anwesenden Nationen dafür aus, sich für mehr Wachstum auf dem afrikanischen Kontinent einzusetzen. Langfristiges Ziel ist es, mehr Beschäftigung in Afrika zu schaffen. Diese soll zugleich Armut und Ungleichheit bekämpfen (Quelle: <https://bit.ly/35y3jET>). Die CDU/CSU Fraktion des deutschen Bundestages formulierte die Resultate des G20-Gipfels bezogen auf das Thema Afrika wie folgt: „Die führenden Industrienationen müssen jetzt das Bekenntnis zu einem stärkeren Afrika-Engagement konkret umsetzen. Der sogenannte „Compact with Africa“, der von den G20 mit wichtigen afrikanischen Staats- und Regierungschefs vereinbart wurde, ist eine starke Selbstverpflichtung, die nun auch erfüllt werden muss. Dieser umfassende Plan wird die afrikanische Wirtschaft ankurbeln und vor Ort für Arbeitsplätze, Wachstum und nachhaltige Entwicklung sorgen. Afrika will und soll stärker als „Kontinent der Chancen“ wahrgenommen werden.“ (Quelle: <https://bit.ly/2QOj6v8>). Auch dieses Ziel wird aber nur erreichbar sein, wenn in Nigeria dauerhafter

Frieden herrscht, wenn die Menschenrechte volle Gültigkeit haben, wenn vor allem die Christenverfolgung durch wirksame Maßnahmen, die auch der muslimische Staatspräsident aktiv mitträgt, ein Ende findet.

Nigeria ist seit 2014 größte Volkswirtschaft Afrikas. Das nigerianische Bruttoinlandsprodukt beläuft sich im Jahr 2018 auf 397,3 Mrd. USD, für die Jahre 2019 und 2020 wird ein Bruttoinlandsprodukt von jeweilig 444,9 Mrd. USD und 496,1 Mrd. USD prognostiziert (Quelle: <https://bit.ly/2OnNpXZ>), während Südafrika auf ein Bruttoinlandsprodukt von 368,1 Mrd. USD fürs Jahr 2018 kommt und mit einer Prognose von respektive 371,3 und 386,7 USD für die Jahre 2019 und 2020 rechnet (Quelle: <https://bit.ly/35yN8ai>). Es bestehen also die wirtschaftlichen Ressourcen, um den grassierenden Menschenrechtsverletzungen wirksam entgegenzutreten.

Bis zum Jahr 2050 soll die Bevölkerung Nigerias nach vorläufigen Schätzungen auf bis zu 300 Millionen anwachsen (Quelle: <https://bit.ly/2XPB8P5>). Den weitaus größten Zuwachs haben dabei moslemische Bevölkerungsgruppen – vor allem jene, die nicht an feste Orte gebunden sind, also vor allem die Fulani, die als Hirten im Norden des Landes umherziehen. Das Bevölkerungswachstum geht dabei nahezu ungebremst weiter. Anders als in den meisten wenig entwickelten Ländern ist die Fertilitätsrate in Nigeria in den letzten 50 Jahren nur geringfügig gesunken, von 6,6 auf 5,7 Kinder pro Frau (Quelle: <https://bit.ly/2OOH4DF>). Gerade vor diesem Hintergrund ist es besonders wichtig, die Einhaltung der Menschenrechte für alle Menschen in Nigeria zu fordern und speziell die Lage der verfolgten Christen dabei zu berücksichtigen.